

Fracking-Importe in die EU

26. März 2018

Michael Hoffmann



LNG Terminal in Klaipeda. Bild: Klaipedos Nafta

Es ist nur die aktuellste Studie in einer langen Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen, die nachweisen, wie gefährlich Fracking ist: Anfang Februar veröffentlichte Susan Nagel von der medizinischen Fakultät der Universität in Missouri die **Befunde eines Experiments[1]**, mit dem die Ursachen für Brustkrebs aufgespürt werden sollen. Ihr Ergebnis: Der beim Fracking eingesetzte Chemikalien-Mix kann Brustkrebs verursachen.

Mit ihrem Forschungsteam hatte die Medizinerin zahlreichen Mäusen eine Mischung aus 23 Substanzen in unterschiedlich hohen Dosen verabreicht. Die eingesetzten Chemikalien finden sich in dem Cocktail, mit dem die Öl- und Gasindustrie das Hydraulic Fracturing betreibt. Dabei werden tiefe Erdschichten aufgebrochen, indem Millionen Liter Wasser mit besonderen Chemikalien versetzt werden. Bei ihrem Experiment verwendeten die Wissenschaftler unterschiedlich hohe Dosierungen, einige enthielten die Konzentration, welche sich im Trinkwasser nahe Fracking-Bohrungen findet, andere entsprachen dem Anteil in Bohrabwässern.

Bei neu geborenen Tieren veränderten sich ab einem bestimmten Alter die Drüsen, auch Krebsvorstufen entstanden. Die Mediziner und Umweltbiologen fanden ein verdichtetes Brustgewebe, in den Milchgängen tauchten veränderte Zellen auf und die Organstrukturen vergrößerten sich. Diese eindeutigen Effekte ließen sich nachweisen, obwohl das Team nur einen

Bruchteil der über Tausend beim Fracking verwendeten Substanzen testete. Aus der wirklichen Zusammensetzung der Cocktails macht die Öl- und Gasindustrie ein großes Geheimnis.

"Diese Ergebnisse legen nahe, dass die Brustdrüse empfindlich auf die beim Fracking verwendeten Chemikalien reagiert, und zwar bei Dosen, die in der Umwelt vorhanden sind", heißt es in der Bewertung.

Für das Team waren diese Ergebnisse weder neu noch überraschend. Seit Jahren beschäftigen sich Wissenschaftler in den USA mit den Folgen der neuen, zerstörerischen Fördertechnik, die das Land an die weltweite Spitze der Öl- und Gasförderer zurückkatapultierte. Nagel selbst hatte bei früheren Versuchen bereits vergrößerte innere Drüsen und Organe sowie eine verringerte Spermienzahl bei Männchen vorgefunden.

Über Gesundheits- und Umweltgefährdung von Fracking hat im Wirtschaftsministerium keine Informationen

Im deutschen Wirtschaftsministerium will man von derartigen Befunden nichts wissen. Auf eine **Kleine Anfrage[2]** des europapolitischen Sprechers der Fraktion Die Linke, Andrej Hunko, verwies das Ministerium in dieser Woche schlicht auf die strengere Gesetzeslage in Deutschland. Hier sei "der Einsatz wassergefährdender Stoffe beim Fracking verboten", so das Ministerium. Ähnlich sieht die Antwort bei der Frage nach Gesundheitsschäden aus, die durch austretende Gase über den Fördergebieten entstehen.

Zu etwaigen sonstigen Auswirkungen und Folgen von Methanemissionen und Austritten von klimaaktiven Gasen aus ausgebrochenen Erdflächen in den Erdgasförderländern liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

Wirtschaftsministerium

Nach einer ersten Lektüre des umfangreichen Papiers ist Andrej Hunko erstaunt. Gerade erst im Januar hatte sein Büro den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages gebeten, alle aktuellen Studien aus den USA zu diesem Thema zu untersuchen. Deren einhelliges Ergebnis: Beim Fracking treten massiv Methan und andere klimaaktive Gasen aus, und zwar ein Vielfaches der Menge, die bei der konventionellen Gasförderung anfällt und weit mehr, als die Unternehmen bei der amerikanischen Umweltschutzbehörde EPA melden.

Dass diese unglaubliche Menge von austretenden Gasen über den Fracking-Feldern der wichtigste Motor für die Klimaerwärmung ist, mahnen Wissenschaftler seit langem an. Welche Auswirkungen die veränderte Luftqualität am Boden für die unmittelbaren Anwohner hat, die über den aufgebrochenen Tiefenschichten leben, zeigt etwa eine Studie der Johns Hopkins Universität in Baltimore. Brian Schwartz und seine Kollegen werteten bereits im Jahr 2016 zusammen mit einem Team die Gesundheitsdaten von Anwohnern aus (**Motor für die Klimaerwärmung[3]**).

Im Norden Pennsylvanias, der Region mit den damals meisten Fracking-Bohrstellen,

untersuchten sie im Nachhinein die Gesundheitsdaten von beinahe 9.400 Frauen. In dem fraglichen Zeitraum zwischen 2009 und 2013 **zeigte[4]** sich, dass unter schwangeren Frauen, die in der Nähe von besonders großen Bohrstellen wohnen, eine um 40 Prozent erhöhte Wahrscheinlichkeit für Frühgeburten auftrat. Ein ähnliches Ergebnis zeigte sich bei Risikoschwangerschaften, auch in diesem Komplex lagen die Daten fast um ein Drittel höher als normal. Bei Asthma beträgt die Zahl der Erkrankungen sogar das Vierfache, wie andere Auswertungen bestätigten.

Seitdem ist in der amerikanischen Öffentlichkeit ein Streit um die Ursachen entbrannt. Industrienaher Kreise beharren darauf, dass die betroffenen Frauen vermutlich "mentalem Stress" ausgesetzt seien. Dass Fracking ein solch schlechtes öffentliches Image habe, führe dazu, dass die Schwangeren sich in Sichtweite von Bohrtürmen mehr Sorgen machten. Die eigentliche Ursache sei also nicht die schlechte Luftqualität, sondern die kritische Berichterstattung durch Journalisten und Aktivisten.

Zwar schwappte diese Debatte über die **Titelseite der Washington Post[5]** auch in die deutschsprachigen **Medien[6]**, im Wirtschaftsministerium will man diese kritischen Aspekte nicht mitbekommen haben. Allein zu der Frage nach lokalen Erdbeben, die durch Fracking ausgelöst werden, erklärt das Ministerium, die Bundesregierung verfolge sehr aufmerksam die Erfahrungen aus Nordamerika. Nach bisheriger Einschätzung, so die Antwort auf die Kleine Anfrage, reaktiviert das Fracking "existierende Störungen im tiefer liegenden präkambrischen Grundgebirge".

Neben diesen lokalen und regionalen Auswirkungen in Nordamerika müssen wir als Europa-Politiker natürlich vor allem die globalen Folgen und die Situation in Europa im Auge behalten. Nach Auskunft der Bundesregierung nahmen die Exporte von verflüssigtem Erdgas, LNG, in die EU in den letzten zwei Jahren schnell zu. Niemand kann bisher genau sagen, welcher Anteil davon Fracking-Gas ist. Durch den Freihandelsvertrag mit Australien und neue Exportkapazitäten in den USA und Kanada werden das langfristig größere Mengen, das sieht auch das Wirtschaftsministerium so.

Andrej Hunko

Keine Angaben über die Kosten des umfangreichen Förderungsprogramms zum Import von Flüssiggas in die EU

Vor allem die Förderpolitik der EU-Kommission interessierte den europapolitischen Sprecher der Linksfraktion, auch weil derzeit unzählige Projekte aus Steuergeldern finanziert werden, bei denen es um den Import von Flüssiggas in die EU geht. Leider macht die Bundesregierung auch in der aktuellen Antwort keine Angaben dazu, was diese Projekte den EU-Steuerzahler insgesamt kosten. Klar wird aus den Zahlen lediglich, dass die EU-Kommission mehr als hundert Projekte für den Import von Erdgas im Rahmen des undurchsichtigen Programms "Connecting Europe Facility" (CEF) mit öffentlichen Mitteln fördert.

Eine Summe kennt die Bundesregierung dann aber doch. Andrej Hunko fragte die Bundesregierung konkret nach dem ersten neuen LNG-Importhafen in Osteuropa, der FSRU Independence in Litauen. Die Antwort war eine Überraschung:

Der Bundesregierung ist bekannt, dass die Europäische Kommission die litauischen Beihilfen in Höhe von 448 Mio. Euro für den Bau des LNG-Terminals 2013 genehmigt hat.

Wirtschaftsministerium

Wenn schon eines der ersten Projekte den Steuerzahler knapp eine halbe Milliarde Euro gekostet hat, dann kommen auf die EU-Bürger mit den laufenden gut hundert Projekten noch ganz andere Ausgaben zu, fürchtet Andrej Hunko. Er verweist etwa auf das aktuelle bewilligte LNG-Projekt auf der kroatischen Insel Krk, das laut EU-Kommission nach dem Vorbild dieser extrem kostspieligen FSRU Independence in Litauen projektiert wurde.

Die Förderpraxis der EU-Kommission bei fossilen Energieprojekten, insbesondere bei Erdgas, ist derart undurchsichtig und intransparent, dass wir erstmal herausbekommen müssen, wieviel Geld da wirklich fließt und schon bewilligt ist. Scheinbar hat nicht einmal die Bundesregierung einen richtigen Überblick, was in diesem CEF-Programm läuft und welche anderen Instrumente es noch gibt.

Andrej Hunko

URL dieses Artikels:

<http://www.heise.de/-4003834>

Links in diesem Artikel:

[1] <https://academic.oup.com/endo/advance-article-abstract/doi/10.1210/en.2017-00866/4841948?redirectedFrom=fulltext>

[2] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/008/1900844.pdf>

[3] <https://climate.nasa.gov/news/2668/nasa-led-study-solves-a-methane-puzzle/>

[4] https://journals.lww.com/epidem/Abstract/2016/03000/Unconventional_Natural_Gas_Development_and_Birth.2.aspx

[5] <https://www.washingtonpost.com/news/energy-environment/wp/2015/06/04/fracking/>

[6] https://www.focus.de/wissen/mensch/brustkrebs-durch-fracking-fracking-eine-gefahr-fuer-mensch-und-natur_id_8545870.html